

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner-Nachrichten Dresden.  
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H.  
Bismarckstr. 26-27.  
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 28. Februar 1927 40 Pf. (einschl. Postgebühren).  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die 10-spaltige Zeile kostet 10 Pf. für den ersten Tag, 8 Pf. für den zweiten Tag, 6 Pf. für den dritten Tag, 5 Pf. für den vierten Tag, 4 Pf. für den fünften Tag, 3 Pf. für den sechsten Tag, 2 Pf. für den siebten Tag, 1 Pf. für den achten Tag, 1 Pf. für den neunten Tag, 1 Pf. für den zehnten Tag.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Bismarckstr. 26-27  
Druck u. Verlag von Leopold & Reichert in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit bewilligter Genehmigung der Dresdner Nachrichten-Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

## Wirtschaftliche Teileinigung mit Frankreich.

### Das Handelsprovisorium heute um drei Monate verlängert.

#### Der Reichsfinanzminister befürwortet die Steuerfenkungspolitik. — Die französische Propaganda gegen die Rheinlanddrängung.

### Unterzeichnung des Vertrags in Paris.

Berlin, 16. Februar. Ueber die Verlängerung des deutsch-französischen Handelsprovisoriums ist nunmehr eine Einigung erfolgt. Heute wurde in Paris ein Protokoll unterzeichnet, wonach das Provisorium um drei Monate verlängert wird. Die Franzosen wollten sich ursprünglich nur auf eine sechsmonatige Verlängerung einlassen. Allerdings hat Frankreich noch das Recht, von der Abmachung noch vorausgehender zehntägiger Kündigung am 31. März zurückzutreten; Deutschland hat sich ein solches Recht nicht ausgemacht, da es ja eben eine längere Frist für das Weitertreiben des Provisoriums wünscht.

Die Verlängerung des Provisoriums vorliegt, erfolgte zwischen Konsul Böhmle von der deutschen Botschaft und dem Direktor im französischen Außenministerium, Serrano. Die Unterzeichnung wurde heute nachmittags statt. Die Unterchriften werden durch den deutschen Botschafter von Goltz und dem französischen Botschafter Brindard erfolgen.

Frankreich verlangt in Bezug auf Wein Gleichbehandlung mit Italien und Spanien. Deutschland wünscht diesen Punkt in einem definitiven Handelsvertrag geregelt zu sehen und ist gewillt, diese Gleichberechtigung Frankreich zugunsten unter der Bedingung, daß der Vertrag ein Welt-Handelsabkommensvertrag wird und daß wir auch in Bezug auf Industrieartikel, England und Amerika gleichgestellt werden. So lange das nicht geschieht, wird der französische Weinbau wohl oder übel die Kosten für die Besorgung der englischen und amerikanischen Industrie-Einfuhr in Frankreich zu tragen haben.

Am 22. d. M. werden sich unsere Unterhändler wieder nach Paris begeben, um über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrags unter Berücksichtigung des neuen französischen Zolltarifs zu verhandeln. Dieser neue Tarif soll allerdings ganz exorbitant hohe Sätze enthalten. Jedenfalls kann Deutschland auf die Forderung der Reichsbürgerschaft nicht verzichten.

### Die Patriotenliga für die Aufrechterhaltung der Besetzung.

Paris, 16. Febr. Die Patriotenliga hat gestern die angekündigte Kundgebung zum Nutzen der Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung abgehalten. Nach dem Echo de Paris nahm die Liga nach den Ausführungen mehrerer Redner eine Entschliebung an, in der es heißt: Da Deutschland, vom Revanchegedanke befeuert, sich vorbereitet, mit Vst oder mit Gewalt die völlige Aufhebung des Verfallenen Vertrags zu erreichen, müßte die Regierung über die Durchführung sämtlicher Klauseln des Versailleser Vertrags nachdenken.

Das „Echo de Paris“ behauptet heute seinen Redaktionen die vorzeitige Rheinlanddrängung auch auf eine Unterbrechung der Beziehungen zwischen Rheinlandbesetzung und militärischer Verwendung von Flugzeugen aus. Das Blatt kommt dabei zu dem Schluß, daß nur die Fortdauer der Rheinlandbesetzung eine wirksame Bombardierung des französischen Gebietes verhindern könne. Infolge des Deutschland auferlegten Verbotes, Militärflugzeuge zu unterhalten, habe Frankreich augenblicklich einen bedeutenden Vorrat. Durch das dicke Netz seiner Luftverteidigungslinien, das sich durch wirtschaftliche Notwendigkeit nicht recht-

fertigen lasse, sei Deutschland die „Ausdehnung“ Europas geworden. Man müsse das Reich in der heillosen Furcht erhalten, seine reichsten Gebiete und fruchtbarsten Ufer durch französische Granaten verwüsten zu sehen.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß heute noch derartige Geschäften und ungläubliche Einstellungen der Wahrheit möglich wären. Für uns ist das eine Mahnung, und auf Grund Locarno nicht in Illusionen zu wiegen. Der Weg der Verständigung ist noch stark mit Dornen besetzt.

### Kellogg über die französische Antwort.

(Durchsichtspruch.)

Washington, 16. Febr. (Reuter.) Staatssekretär Kellogg machte zu der französischen Antwort auf die amerikanische Denkschrift über Abrüstung zur See folgende Bemerkungen: „Das Dokument zeigt in verschiedenen Punkten eine mißverständliche Auffassung der eigentlichen Absichten der von der amerikanischen Regierung ausgehenden Vorschläge. Nach meiner Meinung würde es einen ersten Schlag gegen die ganze Sache der Abrüstung bedeuten, wenn alle Bemühungen, das Problem des Abrüstungswettbewerbes zur See endlich in Angriff zu nehmen, auf unbestimmte Zeit vertagt würden. Ich hoffe aufrichtig, daß die französische Regierung zur Erzielung einer solchen Vereinbarung ihre Hilfe gewähren wird, bevor die Genfer Konferenz zum Abschluß kommt.“

Kellogg führte Coolidges Denkschrift vom letzten Freitag an, in der erklärt wurde, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, auch weiterhin an der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf teilzunehmen. Wichtig sei, daß Artikel 8 der Völkerbundcharta das Problem der Abrüstung dem Völkerbund anvertraue, aber

nur auf der Washingtoner Konferenz sei etwas zustandesgebracht worden.

Kellogg schloß: Die Einschränkung der Rüstungen zur See ist ein bestimmter Fortschritt, der sich auf die fünf Mächte bezieht, und der auf der Genfer Konferenz erledigt werden kann, ohne deren Arbeiten zu stören und ohne andere Mächte in irgendeiner Weise zu binden.

Von dem Staatsdepartement nahestehenden Kreisen wird erklärt, daß Amerika die Einberufung der Vollen Abrüstungskonferenz auch ohne Teilnahme Frankreichs erwünscht. Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß, wenn man die Entwaffnungsfrage als Ganzes lösen wolle, man in Jahren noch ebenso weit sein werde wie heute.

### Das neue französische Mobilisierungssystem.

Paris, 16. Februar. Die Deutschermission der Kammer hat gestern die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Organisation der nationalen Verteidigung beendet. Auf Vorschlag des Berichterstatters Paul Boncour wurde beschlossen, daß die Mitglieder der Regierung und des Parlamentes bei der Mobilisation im Amt bleiben sollen, wobei die letzteren mit Sondermissionen beim Heere im In- und Ausland beauftragt werden können. Parlamentarier, die an der Front zu dienen wünschen, müssen in den ersten Mobilisierungsstadien diesen Wunsch dem Präsidenten bekanntgeben und werden dann bis zum Ende der Feindesliefen von ihrem Amt befreit. Die Kommission nahm dann ohne wesentliche Änderungen die Bestimmungen über die Wirtschaftsorganisation zur Kenntnis. Auf die Verteidigungsangelegenheiten an der deutsch-französischen Grenze Bezug nimmt. (Z.)

ein ganzes Regiment zu den Manövern in Würzburg auf Volantros hingeschafft worden sei? Der Redner bemängelt auch die Verwendung von Schreibmaschinendamen an Stelle von Soldaten, ferner die Munitionsbeschaffung, die Vermehrung der Summen für Radfahrzeuge, die Höhe des Pferdebestandes der Reichswehr. Eine Sparmaßnahme bedeutete der Berichterstatter, die Wiedereröffnung des Staatssekretärs, der die politische Verantwortung für den Verstoß in Vertretung des Ministers übernehmen müsse. Der Redner fragte nach der Herkunft von Mitteln für gewisse Gasfabriken und berührte auch die russische Frage. Er fragte weiter, wie die Verbindung der Wehrverbände von der Reichswehr gelöst werde und wie endlich die Rekrutierung der Reichswehr gelöst werden solle.

### Größere Sicherheit an den Bahnübergängen.

Berlin, 15. Februar. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, haben die sich häufenden Unfälle an Eisenbahnübergängen den Generaldirektor der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft veranlaßt, sofort außerordentliche Maßnahmen einzuleiten. Zunächst soll dem Eisenbahnbetriebspersonal noch einmal die äußerste Aufmerksamkeit einbläsen werden. Besondere Kommissionen sollen die Sicherheitsverhältnisse prüfen und auch mit den Länderregierungen in Verbindung getreten werden.

### Der Reichsfinanzminister über seine Pläne.

Berlin, 16. Febr. In der gestrigen Kabinettsitzung unterbreitete Reichsfinanzminister Dr. Brücker die Grundzüge der Etatrede, mit der er heute nachmittags 3 Uhr die Beratung des Haushaltsplanes im Plenum des Reichstags eröffnen wird. Einem Berichterstatter des „Volkswirtschaftlers“ sagte Dr. Brücker unter anderem:

Ich glaube, bei uns ist etwas zu viel von der Reuebesetzung der Wirtschaft die Rede gewesen. Ist sie denn wirklich in allen Zweigen belebt? Kann, wenn auch einige große Firmen verdienen, aber die zwei Millionen Arbeitslosen, die wir haben, sagen und losch, daß die Wirtschaft als solche noch nicht wieder vollständig belebt ist. Sie ist angepöbelt. Gut, aber der Motor läuft doch noch recht langsam. Solange wir mit diesen notwendigen aber doch unrentablen Ausgaben für die Erwerbslosen belastet sind, kommen wir nicht weiter.

Unentbehrlich sind dann neue Steuern, ein stärkeres Anziehen aller. Im Gegenteil werden wir versuchen müssen, sie noch zu senken — zur Belebung der Wirtschaft; denn von dieser zu belebenden Wirtschaft wollen wir doch leben, Reich, Länder und Gemeinden.

Torheit besteht, davon zu sprechen, daß die Wirtschaft durch die jetzige Regierungsbildung eine Schlappe verloren hätte. Die Deutschnationalen und das Zentrum sind die schließlichen Parteien, die nicht einseitig zusammengesetzt, sondern in denen alle Schichten vertreten sind, und die Deutsche Volkspartei, deren Verständnis für die Interessen der Wirtschaft doch bestimmt anerkannt wird, ist in der Koalition doch wahrhaftig auch keine Belanglosigkeit. Nein, es handelt sich gerade darum, fern jeder Phrasen- und fern jeden Schlagwortes, durch die neue Koalition die Wirtschaft zu pflegen.

Auf die Frage wegen des Einflusses der Dawes-Belastung auf die Finanzen sagte der Minister: Im Rechnungsjahre 1927 haben wir bereits, da das Dawes-Jahr vom 1. September an rechnet, über 800 Millionen Dawes-Kosten im Etat. Das ist eine so hohe Summe, daß sie sich bereits schädigend für die Ausgaben des Reiches auswirkt. Jedenfalls legt auch diese Frage einem Reichsfinanzminister die Verpflichtung auf, besonders sorgsam zuzusehen, wie er den Status der Finanzen verbessern kann. Und da scheint es mir denn, doch gegeben, zu untersuchen, wie man sparen kann.

Der Minister wandte sich schließlich gegen den Vorwurf, ein wilder Partikularist zu sein. Er glaube, daß man bei der Behandlung des Finanzausgleichs ihn decken werde, da er weder ein solcher Partikularist noch ein solcher Unitarier sei, wie die Föderalisten in ihm witterten. Eins sei klar: Daß Reich über alles! Dahinter aber komme das zweite: die vielen verschiedenartigen Kulturzentren im Deutschen Reich zu wahren, deren Summe eben die deutsche Kultur ausmache. Bedenken muß man, daß man keineswegs sagen kann, alle Länder gingen leichtfertig in ihrer Ausgabenbearbeitung vor. Ebenfalls alle Gemeinden, von denen es vielen sicherlich herlich schlecht gehe.

Auf eine Frage wegen Erhöhung der Automobillsteuer sagte der Minister: Ich verstehe, wenn die Länder, Kreise und Gemeinden für die starke Abnutzung ihrer Wege durch den starken Automobilverkehr entschädigt sein wollen. Aber man darf darüber unter keinen Umständen verfahren werden. Vielleicht läßt sich die Automobillsteuer ganz umorganisieren.

In der Etatrede wird sich der Minister im wesentlichen auf ein Referat über den Etat beschränken, den er ja bei seinem Amtsantritt fertig aufgestellt vorgefunden hat. Weiter wird der Minister betonen, daß es auch für ihn, der ebenso wie sein Amtsvorgänger Länderfinanzminister gewesen ist, Hauptaufgabe sein werde, als Reichsfinanzminister die Notwendigkeiten des Reiches zu wahren. Bei der kommenden Finanzreform will der Minister den Erfordernissen der Länder im Rahmen des möglichen gerecht werden.

### Silksmaßnahmen für die Filmindustrie?

Berlin, 15. Februar. Zu Gerüchten über Maßnahmen der öffentlichen Hand zugunsten der Ufa hört die „Tägliche Rundschau“, daß es sich dabei nicht um die Ufa allein handelt, sondern, daß eine Aktion der Stipendiatenorganisation der deutschen Filmindustrie vorliegt. Es schweben Verhandlungen darüber, doch Erleichterungen der Ufa-Barkettsteuer zu erzielen und außerdem Exportkredite ermöglicht werden sollen.

### Das preussische Polizeibeamtengesetz.

Berlin, 15. Febr. Der im Ministerium des Innern fertiggestellte Polizeibeamtengesetzentwurf wird in aller nächster Zeit das Kabinett beschäftigen. Nach dem Entwurf sollen jährlich 2000 Unterbeamte bis zum Ostwachstmeister durch längere Kräfte ersetzt werden. Dadurch werden dem preussischen Staate jährlich etwa rund 20 Millionen Mark an Versorgungsgebühren entfallen. Der Gesetzentwurf bestimmt ferner, daß die Polizeioberbeamten mit dem 55. Majore mit dem 51. Hauptleute mit dem 48. Oberleutnants mit dem 47. und Leutnants mit dem 45. Lebensjahre zwangsweise in den Ruhestand versetzt werden.

## Der Reichswehrelaf 1927 im Hauptauschuß.

### Der Vizepräsident der Reichsschuldenkommission wieder eingeseht.

Berlin, 16. Februar. Der Haushaltsauschuß des Reichstags begann die Beratung des Haushalts des Reichswehrelafes für 1927. Vom Ministerium sind Nachweklungen über die Gesundheitsverhältnisse im Heere, die Selbstmorde, über das Veterinärwesen, ferner über die Höhe der Baumittel für 1927 eingegangen. Auf Antrag des Abg. Stücken (Soa.) wurde zunächst entsprechend dem Beschluß des Sparauschusses und der Befürwortung des Ministerialdirektors Voßhoff, die im Etat als „künftig wegfallend“ bezeichnete Stelle des Vizepräsidenten der Reichsschuldenkommission noch einmal zu besetzen beschlossen.

Abg. Stücken (Soa.) legte als Berichterstatter dar, daß die Positionen sich wieder erhöht hätten und das unbedingt Abhilfe vorgenommen werden müßten. Ein Heer, dessen Zahl festgelegt sei, müsse in seinen Ausgaben allmählich einen Beharrungszustand erreichen. Unhaltbar sei es, daß für unter kleines Heer 127 Standorte und 8 Übungsplätze vorhanden seien. Die Garnisonen müßten zusammengefaßt werden. Als zu hoch erweise ihm auch der Prozentsatz der Offiziere, 8.9. seien bei einem Regiment fast 20 Hauptleute, früher 12. Die Zweckbestimmung einer Reihe Kapitel sei erweitert. Damit verändere sich die Bedeutung der Uebertragbarkeit der Fonds oder der gegenseitigen Deckungsfähigkeit. Set es richtig, daß

ein ganzes Regiment zu den Manövern in Würzburg auf Volantros hingeschafft worden sei? Der Redner bemängelt auch die Verwendung von Schreibmaschinendamen an Stelle von Soldaten, ferner die Munitionsbeschaffung, die Vermehrung der Summen für Radfahrzeuge, die Höhe des Pferdebestandes der Reichswehr. Eine Sparmaßnahme bedeutete der Berichterstatter, die Wiedereröffnung des Staatssekretärs, der die politische Verantwortung für den Verstoß in Vertretung des Ministers übernehmen müsse. Der Redner fragte nach der Herkunft von Mitteln für gewisse Gasfabriken und berührte auch die russische Frage. Er fragte weiter, wie die Verbindung der Wehrverbände von der Reichswehr gelöst werde und wie endlich die Rekrutierung der Reichswehr gelöst werden solle.

### Größere Sicherheit an den Bahnübergängen.

Berlin, 15. Februar. Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, haben die sich häufenden Unfälle an Eisenbahnübergängen den Generaldirektor der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft veranlaßt, sofort außerordentliche Maßnahmen einzuleiten. Zunächst soll dem Eisenbahnbetriebspersonal noch einmal die äußerste Aufmerksamkeit einbläsen werden. Besondere Kommissionen sollen die Sicherheitsverhältnisse prüfen und auch mit den Länderregierungen in Verbindung getreten werden.